

5523/J XX.GP

Anfrage

des Abgeordneten Thomas Barmüller
und weitere Abgeordnete
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Verkehrsüberwachung

Die Einhaltung der Tempo - und Alkoholimits sowie der Vignettenpflicht auf Österreichs Straßen wird derzeit von hochqualifizierten ExekutivbeamtenInnen überwacht. Gleichzeitig wird von Seiten der Exekutive über Personalmangel geklagt, der insbesondere zu Lasten der Kriminalitätsbekämpfung und unmittelbaren Gefahrenabwehr, also der Kernaufgaben der Sicherheitsbehörden geht.

Vor diesem Hintergrund erscheint es ineffizient, daß dieses - in Sinne einer effektiven Erfüllung dieser Kernaufgaben aus gutem Grund teuer ausgebildete - Personal für die primär verwaltungstechnisch anspruchsvollen Tätigkeiten der Verkehrsüberwachung herangezogen wird. Die darum überlegte Privatisierung der verkehrspolizeilichen Agenden erfordert neben den Schätzungen auch konkrete Zahlen, um Einsparungspotentiale eruieren und Varianten der Privatisierung vergleichen zu können.

Aus diesem Grunde stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende schriftliche

Anfrage:

1. Welche Untersuchungen (bundesweit und/oder länderspezifisch) liegen Ihnen vor, die aufschlüsseln, in welchem Ausmaß die Dienstzeit der BeamtenInnen der Bundesgendarmerie, der Bundespolizei sowie Ihres Ministeriums für den Aufgabenbereich Verkehrsüberwachung (Überwachung des ruhenden und des fließenden Verkehrs, Beschaffung und Erhaltung von Einrichtungen zur Überwachung des Straßenverkehrs) beansprucht wird?
2. Welche Schätzungen (bundesweit und/oder länderspezifisch) liegen Ihnen vor, die aufschlüsseln, in welchem Ausmaß die Dienstzeit der BeamtenInnen der Bundesgendarmerie, der Bundespolizei sowie Ihres Ministeriums für den Aufgabenbereich Verkehrsüberwachung (Überwachung des ruhenden und des fließenden Verkehrs, Beschaffung und Erhaltung von Einrichtungen zur Überwachung des Straßenverkehrs) beansprucht wird?
3. Wie viele Dienstposten sind auf welcher Ebene der Sicherheitsbehörden ausschließlich oder überwiegend für den Aufgabenbereich Verkehrsüberwachung geschaffen worden und wie hoch sind die dafür jährlich aufgewendeten Mittel der betroffenen öffentlichen Haushalte?
4. Welche konzeptiven Vorarbeiten wurden von welchem Ihrer Vorgänger in Auftrag gegeben, um die Verkehrsüberwachung von Privaten durchführen zu lassen?

5. Welche legistischen Vorarbeiten wurden von welchem Ihrer Vorgänger in Auftrag gegeben, um die Verkehrsüberwachung von Privaten durchführen zu lassen?
6. Wie steht die zuständige Personalvertretung zu diesen Vorschlägen?
7. Welche konzeptiven Vorarbeiten wurden von Ihnen in Auftrag gegeben, um die Verkehrsüberwachung von Privaten durchführen zu lassen?
8. Welche legistischen Vorarbeiten wurden von Ihnen in Auftrag gegeben, um die Verkehrsüberwachung von Privaten durchführen zu lassen?
9. Wie steht die zuständige Personalvertretung zu den von Ihnen beauftragten Vorschlägen?
10. Bis wann rechnen Sie mit einer Regierungsvorlage an das Hohe Haus, die die Privatisierung der Verkehrsüberwachung zum Gegenstand haben wird?